

BR/GT I/129 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 20. Oktober 1971
BR/GT I/129/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSDOKUMENT

- ZWEITER VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGS-
VERFAHREN

Artikel 35 a
35 b
62
65
73
88
88 a (neu)
101
122
129
160
160 b (neu)

- ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Nummer 7 zu Artikel 34
Nummer 1 zu Artikel 59
Nummer 1 zu Artikel 62
Nummer 2 zu Artikel 64
Nummer 1 zu Artikel 130
Nummer 11 zu Artikel 145

- ERSTER VORENTWURF EINER GEBUEHRENORDNUNG

Artikel 2

(Von Redaktionsausschuss ausgearbeitete Texte)

KAPITEL I a

Zuständigkeit des Verwaltungsrats

Artikel 35 a

Erlass und Aenderung allgemeiner Vorschriften

- (1)
- a) (unverändert gegenüber dem
(Zweiten Vorentwurf eines
(Uebereinkommens - 1971
 - b) die in diesem Uebereinkommen festgesetzten Fristen; dies gilt für die in Artikel 88 Absatz 2 vorgesehene Frist nur unter den in Artikel 88 a festgelegten Voraussetzungen.
- a)
- (2)
- a) (unverändert gegenüber dem
(Zweiten Vorentwurf eines
(Uebereinkommens - 1971
 - b)
 - c)
 - d)

(3) Der Verwaltungsrat fasst die in den Artikeln 157 und 160 a vorgesehenen Beschlüsse.

Artikel 35 b

Ueberwachung der Tätigkeit des Europäischen Patentamts

(1)

unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf
eines Uebereinkommens - 1971

(2)

(3) Der Verwaltungsrat ernennt die in Artikel 37 genannten hohen Beamten und bestimmt den Vizepräsidenten, der den Präsidenten im Fall seiner Abwesenheit vertritt. Ferner kann er auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts unter Einhaltung der Bestimmungen des Statuts die auf sie anzuwenden sind, gegenüber den in Artikel 37 Absatz 3 genannten Beamten Disziplinarmaßnahmen ergreifen. Der Verwaltungsrat fasst die in Artikel 160 b vorgesehenen Beschlüsse.

Artikel 62

Austausch von Auskünften

(1) Das Europäische Patentamt übermittelt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten die sachdienlichen Angaben über die Einreichung europäischer Patentanmeldungen, in denen diese Staaten benannt sind, sowie über den Verlauf des Prüfungsverfahrens und des Einspruchsverfahrens.

(1a) Die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten unterrichten das Europäische Patentamt von dem Erlöschen eines europäischen Patents in ihrem Hoheitsgebiet während der Einspruchsfrist oder des Einspruchsverfahrens.

(1b) Soweit nicht Vorschriften dieses Übereinkommens oder des nationalen Rechts entgegenstehen, unterstützen sich das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten gegenseitig auf Antrag durch die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung von Akteneinsicht. Für die Einsicht in die Akten des Europäischen Patentamts ist die in Artikel 149 vorgesehene Gebühr nicht zu entrichten.

- | | | |
|-----|---|----------------------------------------------|
| (2) | (| |
| (3) | (| unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf |
| (4) | (| eines Übereinkommens - 1971 |

Artikel 65

Uebermittlung europäischer Patentanmeldungen

- (1) (
- (2) (unverändert gegenüber dem
- (3) (Zweiten Vorentwurf eines
- (4) (Uebereinkommens - 1971

(5) Europäische Patentanmeldungen, die nicht bis zum Ablauf des vierzehnten Monats nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag dem Europäischen Patentamt zugehen, gelten als zurückgenommen. Die gemäss Artikel 66 bereits entrichteten Gebühren werden zurückgezahlt.

KAPITEL II
PRIORITAET

Artikel 73
Prioritätsrecht

- (1))
(2)) unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf
) eines Uebereinkommens - 1971

(3) Unter vorschriftsmässiger nationaler Anmeldung ist jede Anmeldung zu verstehen, die zur Festlegung des Tags ausreicht, an dem die Anmeldung eingereicht worden ist, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.

(4) Als erste Anmeldung, von deren Einreichung an die Prioritätsfrist läuft, wird auch eine jüngere Anmeldung angesehen, die denselben Gegenstand betrifft wie eine erste ältere in demselben oder für denselben Staat eingereichte Anmeldung, sofern diese ältere Anmeldung bis zur Einreichung der jüngeren Anmeldung zurückgenommen, fallengelassen oder zurückgewiesen worden ist, und zwar bevor sie öffentlich ausgelegt worden ist und ohne dass Rechte bestehen geblieben sind; ebensowenig darf diese ältere Anmeldung schon Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts gewesen sein. Die ältere Anmeldung kann in diesem Fall nicht mehr als Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts dienen.

- (5) unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens - 1971

KAPITEL II

Erteilungsverfahren

Artikel 88

Prüfungsantrag

- (1) {
- (2) { unverändert gegenüber dem
- (3) { Zweiten Vorentwurf eines
- { Uebereinkommens - 1971
- (4) - gestrichen -
- (5) {
- (6) { unverändert gegenüber dem
- (7) { Zweiten Vorentwurf eines
- { Uebereinkommens - 1971

Artikel 88 a

Aenderung der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags

(1) Der Verwaltungsrat kann die in Artikel 88 Absatz 2 genannte Frist zur Stellung des Prüfungsantrags verlängern,

- a) wenn feststeht, dass die europäischen Patentanmeldungen nicht in angemessener Zeit geprüft werden können, oder
- b) wenn eine Verlängerung im allgemeinen Interesse liegt.

(2) Die Beschlüsse nach Absatz 1 werden im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht.

(3) Die Beschlüsse des Verwaltungsrats nach Absatz 1 sind nur auf die europäischen Patentanmeldungen anwendbar, die nach der Veröffentlichung des jeweiligen Beschlusses eingereicht werden.

(4) Fasst der Verwaltungsrat einen Beschluss nach Absatz 1 Buchstabe a, so hat er Massnahmen zu treffen, um die in Artikel 88 Absatz 2 genannte Frist so schnell wie möglich wiederherzustellen.

KAPITEL III
EINSPRUCHSVERFAHREN

Artikel 101

Einspruch

- (1) }
(1a) } unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines
 } Uebereinkommens - 1971

(1b) Artikel 23 Absätze 2 bis 4 ist auf einen Rechtsübergang des europäischen Patents während der in Absatz 1 vorgesehenen Frist oder der Dauer des Einspruchsverfahrens entsprechend anzuwenden.

- (2) }
(3) } unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines
 } Uebereinkommens - 1971

Artikel 122

Internationaler Recherchenbericht

Vorbehaltlich des Artikels 137 treten der internationale Recherchenbericht nach Artikel 18 des Zusammenarbeitsvertrags oder eine Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags und deren Veröffentlichung nach Artikel 21 dieses Vertrags an die Stelle des Berichts über den Stand der Technik nach Artikel 79 Absatz 4 und des Hinweises auf dessen Veröffentlichung gemäss Artikel 85 Absatz 5.

SECHSTER TEIL

AUFRECHTERHALTUNG DER
EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG UND
DES EUROPÄISCHEN PATENTS

KAPITEL 1

Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung

Artikel 129

Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

- | | |
|-----|-----------------------------|
| (1) | (unverändert gegenüber dem |
| (2) | (Zweiten Vorentwurf eines |
| | (Uebereinkommens - 1971 |

(3) - gestrichen -

Artikel 160

Frist zur Stellung des Prüfungsantrags
während einer Uebergangszeit

- gestrichen -

(s. Artikel 88 a)

Artikel 160 b (neu)

Ernennung hoher Beamter während einer Uebergangszeit

(1) Während einer Uebergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, kann der Verwaltungsrat nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts zu Mitgliedern der Grossen Beschwerdekammer oder der Beschwerdekammern auch technisch vorgebildete oder rechtskundige Mitglieder nationaler Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten ernennen, die ihre Tätigkeit in den nationalen Gerichten oder Behörden weiterhin ausüben können.

(2) Abweichend von Artikel 58 Absatz 1 können die in Absatz 1 bezeichneten Mitglieder für einen Zeitraum ernannt werden, der weniger als fünf Jahre betragen kann, jedoch mindestens ein Jahr betragen muss. Sie können wiederernannt werden.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 34

Nummer 7

Sprache der Zusatzpatentenmeldungen

- gestrichen -

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 59

Nummer 1.

Eintragungen in das europäische Patent-
register

(1)

a) bis j) unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf einer
Ausführungsordnung - 1971

k) - gestrichen -

l) und m) unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf einer
Ausführungsordnung - 1971

n) und o) - gestrichen -

p) bis z) (unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf einer
(Ausführungsordnung - 1971
(2) (

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 62

Nummer 1

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden
der Vertragsstaaten

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, welche Angaben das Europäische Patentamt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten nach Artikel 62 Absatz 1 des Übereinkommens übermittelt.

(2) (unverändert gegenüber dem
(Ersten Vorentwurf eines
(Übereinkommens - 1971

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 64

Nummer 2

Tag des Eingangs der Unterlagen der
europäischen Patentanmeldungen

- | | |
|-----|-----------------------------|
| (1) | (unverändert gegenüber dem |
| | (Ersten Vorentwurf eines |
| (2) | (Uebereinkommens - 1971 |

(3) Die in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Uebereinkommens genannten Behörden unterrichten das Europäische Patentamt unverzüglich vom Eingang der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung und teilen ihm die Art und den Tag des Eingangs dieser Unterlagen sowie die Nummer mit, die der Anmeldung gegeben worden ist. Sie teilen dem Europäischen Patentamt gegebenenfalls auch den Prioritätstag mit.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 130

Nummer 1

Jahresgebühren für selbständig gewordene
Zusatzpatentanmeldungen

- gestrichen -

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 145

Nummer 11

Feststellung des Eintritts gewisser
Rechtsfolgen

- (1) { unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
a) und b) { einer Ausführungsordnung - 1971
- c) - gestrichen -
- d) und e) { unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
(2) { einer Ausführungsordnung - 1971

ERSTER VORENTWURF EINER GEBUEHRENORDNUNG

Artikel 2

Im Uebereinkommen und in seiner Ausführungsordnung
vorgesehene Gebühren

Die gemäss dem Uebereinkommen und seiner Ausführungsordnung an das Europäische Patentamt zu entrichtenden Gebühren werden wie folgt festgesetzt:

Nummern 1 bis 3 (unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
(einer Gebührenordnung - 1971)

4. Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik
(Artikel 66 Absatz 3 und Artikel 79 Absatz 5 des Uebereinkommens)

5. Zusatzgebühr für einen ergänzenden Bericht über den Stand der Technik (Artikel 137 Absatz 3 des Uebereinkommens)

Nummern 6 bis 14 (unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
(einer Gebührenordnung - 1971)

15. Gebühr für die Eintragung eines Rechtsübergangs der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents sowie einer Lizenz oder eines dinglichen Rechts an der europäischen Patentanmeldung in das europäische Patentregister (Artikel 23 Absatz 2, Artikel 28 a und Artikel 101 Absatz 1b des Uebereinkommens)

Nummern 16 bis 24 (unverändert gegenüber dem Ersten Vorentwurf
(einer Gebührenordnung - 1971)

